Verfassungsrechtler Di Fabio

KARSTEN SCHÖNE / LAIF

PARLAMENT

„Streit im Flüsterton“

Der ehemalige Bundesverfassungsrichter Udo Di Fabio, 59, warnt vor den Folgen einer Großen Koalition für die Gewaltenteilung und die politische Kultur.

SPIEGEL: Herr Di Fabio, in einer Großen Koalition hätten die Abgeordneten der Regierungsparteien 80 Prozent der Sitze. Ist das ein Parlament nach dem Wunschbild des Grundgesetzes?

Di Fabio: Eine Große Koalition an sich ist nichts verfassungsrechtlich Anrüchiges. Das Grundgesetz will nach den Weimarer Erfahrungen eine Regierung mit stabiler parlamentarischer Mehrheit. Eine Große Koalition würde diesen Wunsch geradezu übererfüllen. Und es wäre nicht das erste Mal: 1966 war die Mehrheit der Großen Koalition mit 90 Prozent der Mandate noch überwältigender.

SPIEGEL: Union und SPD könnten mit ihrer Mehrheit Grundgesetzänderungen beschließen. Sehen Sie hier keine Risiken?

Di Fabio: In der Tat ist es sehr bedenklich, wenn eine Regierung etwa bei europäischen Rettungsmaßnahmen gleichsam vom Kabinettstisch aus Änderungen der Verfassung beschließen könnte. Das würde schon die übliche Balance der Gewaltenteilung verändern.

SPIEGEL: Was bedeutet das konkret?

Di Fabio: Wenn die Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat so komfortabel sind, zählen Abweichler in den eigenen Reihen nicht mehr. Bislang mussten bei Rettungsschirmen einzelne Abgeordnete überzeugt werden, um die eigene Mehrheit des Regierungslagers zu sichern. Bei einer 80-Prozent-Mehrheit kommt es auf den einzelnen Abgeordneten kaum noch an.

SPIEGEL: Wurde bei der Entstehung des Grundgesetzes über das Risiko übergroßer Koalitionen diskutiert?

Di Fabio: Der Parlamentarische Rat hatte keine Angst vor übergroßen Mehrheiten demokratischer Parteien. Aber man erwartete doch eine Mindeststärke der Opposition. Das zeigt sich etwa in der Einsetzung von Untersuchungsausschüssen, die mindestens ein Viertel der Abgeordneten verlangen können. So viel bekäme die künftige Opposition im Parlament nicht zusammen. Auch bei der Wahl der Verfassungsrichter kämen wohl nur noch Regierungskandidaten zum Zuge.

SPIEGEL: SPD und Union wollen der Opposition mehr Rechte geben. Müssen sie das?

Di Fabio: Ich halte nichts davon, aus einer aktuellen politischen Konstellation heraus das Grundgesetz zu ändern. Verfassungsrechtlich gilt nun mal der Gleichheitsgrundsatz. Er verlangt eine proportionale Abbildung der Mandatsstärke einer Fraktion und nicht überproportionale Beteiligung. Aber es wäre eine schöne Geste, wenn die übergroße Parlamentsmehrheit die schwache Opposition stärken würde, und zwar durch die Geschäftsordnung.

SPIEGEL: Die Kleinen wären also auf die Nettigkeit der Großen angewiesen?

Di Fabio: Ich verstehe das Unwohlsein, das aus dieser Frage spricht. Aber selbst eine Allparteienregierung verstieße nicht gegen das Grundgesetz, sondern eher gegen kluge Regeln einer lebendigen politischen Kultur. Wir leiden ja heute schon darunter, dass manch politischer Meinungsstreit nur im Flüsterton ausgetragen wird. Ein Oppositionsführer, der weniger als ein Zehntel der Wähler hinter sich weiß, kann nicht so überzeugend auftreten wie etwa Helmut Kohl in den siebziger Jahren gegen Kanzler Helmut Schmidt.

SPIEGEL: Das Votum der Wähler hat trotzdem mehr Gewicht als eine funktionierende Gewaltenteilung?

Di Fabio: Die Opposition mit ihren verfassungsmäßigen Rechten ist so stark, wie sie der Wähler macht. Sein Votum gibt im parlamentarischen Regierungssystem den Ausschlag, das kann mit Überlegungen zur Gewaltenteilung nicht überspielt werden. Aber man sollte nicht übersehen, dass das Wahlrecht mit der Fünfprozenthürde aus rund 67 Prozent der Stimmen für eine Große Koalition fast 80 Prozent Mandate hat werden lassen.

SPIEGEL: Das klingt, als wären Sie für eine Abschaffung der Fünfprozenthürde.

Di Fabio: Die Klausel hat ihren guten Sinn. Aber sie hat auch nicht die Bedeutung, die ihr manchmal zugeschrieben wird. Weimar ist nicht an der Zersplitterung der Parteien gescheitert.

SPIEGEL: Eine Große Koalition könnte große Aufgaben meistern, heißt es dieser Tage oft. Sehen Sie das auch so?

Di Fabio: Ich wäre in den Erwartungen zurückhaltend. Die wirklich wichtigen politischen Entscheidungen der Republik wie Westbindung, europäische Integration, Nachrüstung, Deutsche Einheit oder Arbeitsmarktreform haben nicht Große Koalitionen herbeigeführt. Umgekehrt würde ich Änderungen an der Finanzverfassung aus Zeiten der Großen Koalition von 1966 eher kritisch sehen. Das Land braucht heute keine gewaltigen Reformen, sondern eine kluge Stabilitätspolitik, die Verschuldung zurückführt und die Kräfte der Wirtschaft entfaltet.

SPIEGEL: Die meisten Deutschen befürworten die Große Koalition. Sie auch?

Di Fabio: Viele, die heute eine Große Koalition bevorzugen, werden die neuen Verhältnisse morgen vielleicht schon kritischer sehen. Übergroße Mehrheiten decken viele Streitpunkte zu mit Kompromissen des Gebens und Nehmens. Solche Kompromisse sind nicht unbedingt das Beste an politischer Gestaltung. INTERVIEW: MELANIE AMANN